

# Dokument 44

---

## Ein Zwei-Wege-Modell für die Sekundarschulen in Deutschland

Von Klaus Hurrelmann

*Prof. Dr. Klaus Hurrelmann, geboren 1944 in Gdingen, dem heutigen polnischen Gdynia, ist seit 1980 Professor für Sozial- und Gesundheitswissenschaften an der Universität Bielefeld. Seine wichtigsten Arbeitsgebiete sind die Bildungsforschung mit den Schwerpunkten Sozialisation, Schule, Familie, Kindheit und Jugend und die Gesundheitsforschung mit den Schwerpunkten Gesundheitsförderung, Gesundheitskommunikation und Sucht- und Gewaltprävention. Klaus Hurrelmann leitete die Shell-Jugendstudien 2002 und 2006 und die World Vision Kinderstudie, die sich auf sechs- bis 11-jährige bezieht.*

Das Erziehungs- und Bildungssystem in Deutschland ist historisch gewachsen, und das ist gut so. Das System ist aber mit den Veränderungen von Sozial- und Familienstrukturen, Wirtschafts- und Qualifikationsanforderungen der letzten 50 Jahre nicht mitgewachsen. Seit Jahrzehnten diagnostizieren wissenschaftliche Studien einen eklatanten Modernitätsrückstand.

Er führt zu einer enormen Bildungsungerechtigkeit, weil es Eltern mit niedrigem sozialen Status und geringem Bildungsgrad nicht gelingt, ihren Kindern die Fähigkeiten und Qualifikationen zu vermitteln, die für eine erfolgreiche Bildungs- und Berufslaufbahn heute notwendig sind. Die jüngsten internationalen Vergleichsstudien (TIMMS, PISA, IGLU) haben das deutsche Bildungssystem in dieser Hinsicht geradezu an den Pranger gestellt, denn es weist fast das höchste Ausmaß von sozialer Ungleichheit bei der Verteilung von Bildungschancen auf. Kinder, die ein schlechtes soziales und intellektuelles Rüstzeug beim Eintritt in die Grundschule mitbringen, können diesen Rückstand während der gesamten Schullaufbahn nicht mehr aufholen. Im Gegenteil kommt es sogar zu einer Verschärfung ihrer Benachteiligung. Zu den benachteiligten Schülerinnen und Schülern gehören besonders viele der rund 30% Kinder und Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund.

Alles in allem handeln wir uns in Deutschland mit den veralteten Bildungsstrukturen eine unzureichende Ausschöpfung der Bildungspotentiale der jungen Generation ein. Die volkswirtschaftlichen Nachteile werden bereits sichtbar, denn es fehlen schon heute hoch qualifizierte Schul-, Berufsausbildungs- und Hochschulabgänger.

**Die „Schulstruktur-Debatte“ muss weiter geführt werden**

Vorteile unseres Systems sind auch beim erreichten Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler nicht zu erkennen. Im Gegenteil, im internationalen Vergleich sind die Leistungsergebnisse in Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften nach den seit 2000 vorliegenden PISA-Studien bestenfalls Mittelklasse, mit deutlichen Schwächen im unteren Leistungsbereich und gegen jede Erwartung auch nur mit eher bescheidenen Erfolgen bei privilegierten Gruppen, den Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe.

In einigen Bereichen hat es in den letzten Jahren erste Fortschritte gegeben. Die vorige rot-grüne Bundesregierung hat mit einem geschickt angesetzten Programm zur Förderung von Ganztagschulen Impulse für alle 16 Bundesländer geben können. Noch ist die Umsetzung eines von morgens bis nachmittags laufenden Schulalltags an den meisten neu eingerichteten Ganztagschulen pädagogisch unbefriedigend, aber die ersten Schritte sind getan. Inzwischen haben auch CDU und CSU ihren Jahre langen erbitterten Widerstand gegen die angeblich Familien feindlichen Ganztagschulen aufgegeben.

Ein weiterer Fortschritt ist die Einigung auf gemeinsame Qualitätsstandards für den Unterricht. Ein dritter ist die Einbeziehung des Vorschulbereichs in das Bildungssystem und der Plan, innerhalb von fünf Jahren einen Ausbaustand an Kinderkrippen und Kindertageseinrichtungen zu erreichen, der internationalen Standards standhält.

Es bleibt ein zentrales Strukturproblem: Die außerordentlich frühe Aufteilung der Schülerschaft der Grundschulen auf drei oder mehr Schulformen mit unterschiedlichen Langzeitperspektiven der Verwertung von Abschlüssen am Bildungsmarkt. Die internationalen Vergleichsstudien zu den Leistungen der Schüler in Deutschland haben zwar seit zehn Jahren die „Schulstrukturdebatte“ immer wieder aufflammen lassen. Je nach Vorurteil haben Wissenschaftler und Bildungspolitiker aus den Ergebnissen Argumente für oder gegen die frühe Selektion der Schülerinnen und Schüler und ihre Aufteilung auf drei oder vier (mit Förder- und Sonderschulen fünf) Schulformen herauslesen wollen, aber nach streng wissenschaftlichen Kriterien geben die Ergebnisse hierfür nicht viel her. Jedenfalls nicht auf der Leistungsebene, denn es lässt sich aus den PISA-Studien nicht ablesen, ob ein gegliedertes oder ein integriertes Schulsystem effizienter ist.

Beim Punkt der sozialen Gerechtigkeit sieht das anders aus. Die Studien zeigen: In Deutschland ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Leistung der Schüler ungewöhnlich stark. Die vertiefenden Analysen der federführenden Forschungsgruppe um Jürgen Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin zeigen eindeutig, woran das liegt. Die Aufgliederung des

Schulsystems in sehr viele Schulformen lässt nämlich „kritische Schulumilieus“ an immer mehr Hauptschulen entstehen, weil sich Schülerinnen und Schüler aus sozial und bildungsmäßig schwachen Familien, darunter vielen Migrantenfamilien, an diesen Schulen ballen. Diese Schülerschaft regt sich nicht mehr gegenseitig an, sondern zieht sich in Lern- und Sozialmotivation kollektiv herunter. Dadurch kommt es zu einer strukturellen Benachteiligung dieser Jugendlichen. Diese Ergebnisse werden durch die letzte Shell Jugendstudie bestätigt, die einen eklatanten Nachteil vor allem für männliche Jugendliche an den von Ausgrenzung bedrohten Hauptschulen feststellen musste. Die World Vision Kinderstudie dokumentiert, wie früh im Lebenslauf solche Weichenstellungen sich in den Köpfen der Kinder festsetzen.

Ob es uns nun den etablierten Parteien gefällt oder nicht – die „Schulstrukturdebatte“ muss wieder aufgenommen werden. Unser Schulsystem ist im internationalen Vergleich ungerecht und wenig leistungsfähig. Das können wir uns als führendes Exportland nicht leisten, aber es ist auch politisch und ethisch nicht akzeptabel.

Eine bundeseinheitliche Schulreform muss auf die politische Agenda gesetzt werden. Die beiden großen Volksparteien sind bei diesen Themen verunsichert. CDU und CSU haben sich bisher mehrheitlich kategorisch gegen jede Veränderung des mehrgliedrigen Sekundarschulsystems gestellt. In einigen ostdeutschen Bundesländern unter CDU-Regierungen, vorbildlich in Sachsen, hat es allerdings pragmatische Weichenstellungen zur Entschärfung der Selektivität des weiterführenden Schulsystems durch eine Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen gegeben. In den großen westlichen Bundesländern aber haben CDU-Regierungen gerade erst wieder in jüngster Zeit zementierende Beschlüsse zur Konservierung des dreigliedrigen Schulsystems mit Erhalt der Hauptschule gefasst. Es scheint sie wenig zu kümmern, dass die Akzeptanz der Schulform Hauptschule von Jahr zu Jahr bei Eltern und Schülern weiter absinkt und inzwischen auch im ländlichen Bereich riesige pädagogische Probleme auf diese Schulform zukommen.

Auch die SPD ist in der Schulstrukturfrage gespalten. Nach außen proklamiert sie ein integriertes Schulsystem. Dort, wo sie regiert hat und noch regiert, betreibt sie aber eine unentschiedene Politik. In den 1980er Jahren hat sie in den von ihr regierten Bundesländern Gesamtschulen gegründet – aber nicht als ersetzende, wirklich integrierende Schulen, sondern als zusätzliche Schulform neben Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Sonderschule. Damit hat sie faktisch die soziale Selektivität des Schulsystems erhöht, obwohl sie das Gegenteil beabsichtigt hatte. Heute ist die SPD wegen dieser paradoxen Effekte, die sie in der Bildungspolitik erzeugt hat, in den letzten ihr verbliebenen Bundesländern, als Regierungspartei praktisch handlungsunfähig. Sie leistet Lippenbekenntnisse für

ein vollständig integriertes Schulsystem nach finnischer Art, in der Praxis lässt sie das sozial ungerechte und leistungsmäßig marode Schulsystem aber unangetastet.

### **Zeichnet sich ein Kompromiss in der Schulstrukturfrage ab?**

Dennoch: Es bewegt sich etwas. Vor allem in der CDU gibt es Versuche, das ideologisch verminten Gelände der Schulstrukturfrage zu sondieren und Reaktionen auf neue Positionen zu testen. Im kleinen Stadtstaat Hamburg hat die CDU bereits effektiv gehandelt. Hier wurde die Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen formal beschlossen. Ebenso wie die dort bestehenden Gesamtschulen sollen sie schrittweise zu einer einheitlichen Schulform neben dem weiter bestehenden Gymnasium zusammengeführt werden. Die auch in Hamburg völlig verunsicherte SPD hat nach langem inneren Ringen zugestimmt. Die SPD hält sich noch abseits – aber in Berlin hat Schulsenator Zöllner ein Modell nach Hamburger Vorbild vorgeschlagen, und in Rheinland-Pfalz geht die Schulministerin auch in diese Richtung.

Was sich hier abzeichnet, könnte ein Kompromiss für das ganze Bundesgebiet sein, und zwar nicht der schlechteste. Warum soll denn in der Schulpolitik immer nur mit Radikallösungen argumentiert werden? Es gibt doch nicht nur die Alternative zwischen Vollintegration und Nichtintegration, sondern auch Zwischenlösungen. In ihnen könnte die bildungspolitische Rettung aus der Jahrzehnte lang anhaltenden Sprachlosigkeit und der erschreckenden ideologischen Verbissenheit liegen, die sich wie Mehltau über die Bildungslandschaft gelegt hat.

Die in vielen Jahrzehnten gewachsenen Strukturen des deutschen Schulsystems im Rahmen einer Radikalreform von heute auf morgen auf das oft als Vorbild genannte skandinavische Einheitsschulsystem umzustellen, wie es viele Politiker und Wissenschaftler fordern - das ist politisch und pädagogisch ein äußerst riskantes Manöver. Damit würden die Gymnasien abgewürgt, die zu den heute eindeutig attraktivsten Schulen gehören. Keiner kann vorhersagen, wie Eltern hierauf reagieren würden. Keiner kann garantieren, dass hierdurch nur die erwünschten Effekte einträten. Radikalreformen sind immer unberechenbar, wie zuletzt die Hartz-Gesetze gezeigt haben. Wollen wir die unerträglich hohe Selektivität unseres Schulsystems wirklich schnell und nicht erst zum Sankt-Nimmerleins-Tag abbauen, dann könnte eine mit Augenmaß vorgenommene Reduktion der Vielgliedrigkeit, eine Beruhigung der zersplitterten Schulstruktur durch die Zusammenlegung von Schulformen, ein Ziel führender und berechenbarer Reformschritt sein, der die große Chance hat, auf Konsens aufgebaut zu sein.

### **Das Zwei – Wege - Modell**

Ich habe in einem Offenen Brief an die Kultusministerinnen und -minister der 16 Bundesländer schon im November 1991 für ein solches Modell plädiert. Damals, kurz nach der überraschenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten, gab es eine historisch einmalige Gelegenheit für eine Schulstrukturreform im frisch vereinten Deutschland. In meinen Offenen Brief musste ich aber feststellen: „Die große Chance, mit der deutschen Vereinigung auch ein einheitliches Schulsystem zu schaffen, ist bislang nicht ergriffen worden. Stattdessen wurden die schulideologischen Grabenkämpfe der alten Bundesrepublik in den neuen Bundesländern munter weitergespielt. Das hat aber dazu geführt, dass von einheitlichen Lebensverhältnissen, wie sie das Grundgesetz anmahnt, im so wichtig gewordenen Bildungsbereich nicht die Rede sein kann. Weder Eltern noch Lehrer, Kultusbeamte oder Bildungsexperten sind in der Lage, die unendliche Vielfalt des Bildungsangebotes und der Schulstrukturen in den 16 Bundesländern auch nur annähernd zu überblicken. Wir brauchen eine einheitliche Schulstruktur im vereinten Deutschland, um Orientierungssicherheit für Eltern und Schulkinder zu schaffen“.

Als konkreten Vorschlag habe ich ein „Zwei-Wege-Modell“ für das Sekundarschulsystem in allen 16 Bundesländern konzipiert. Hauptschulen, Realschulen und – sofern sie in der Mittelstufe existieren – Gesamtschulen, so der Vorschlag, werden zu einer einheitlichen Schulform zusammengefasst, erhalten einen in allen 16 Bundesländern identischen Namen (zum Beispiel „Fachgymnasium“, „Sekundarschule“ oder auch „Gemeinschaftsschule“), bekommen nach fairen, rein Aufgaben orientierten Kriterien Finanzzuwendungen, aber auf keinen Fall weniger als die Gymnasien, und können entsprechend auch auf gleichwertig profilierte Lehrkräfte zurückgreifen. Die neuen Sekundarschulen entwickeln ein eigenes, auf Interdisziplinarität und Projektarbeit, Lebenswelt- und Praxisbezug ausgerichtetes pädagogisches Konzept und erhalten so die Chance, dem Gymnasium pädagogisch Konkurrenz zu machen. Aussichtsreich umsetzbar, so mein Vorschlag weiter, ist das nur, wenn diese integrierten Sekundarschulen eine eigene Oberstufe haben, die sich etwa aus der Weiterentwicklung der heutigen Berufsschulen, Berufskollegs und anderen teilweise schon bestehenden Einrichtungen neben der gymnasialen Oberstufe bilden kann. An dieser Oberstufe müssen unbedingt auch die Abschlüsse der Fachhochschulreife und der Hochschulreife (Abitur) erworben werden können.

Das Zwei – Wege – Modell kommt der sofortigen Auflösung der Hauptschule gleich. Die Hauptschule verdiente ihren Namen schon 1992 nicht mehr, als sie nur noch auf einen Anteil von 31,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler in den siebten Jahrgängen kam und vom Gymnasium überholt wurde. Auch verkrampte Versuche in Bayern und Baden-Württemberg, wo noch ein vergleichsweise hoher Anteil der Schülerschaft die Hauptschulen besucht, diese Schule durch Förder- und „Fitness“-

Programme aufzuwerten, haben nicht geholfen. Ebenso wenig wie peinliche Bemühungen, durch gezieltes Erschweren des Übergangs an das Gymnasium künstlich eine Umleitung von Schülerinnen und Schülern in die Hauptschule zu erreichen. Alle diese politischen Notaktionen haben an dem Trend zum pädagogischen Ausbluten der Hauptschule nichts geändert.

In unverantwortlicher Weise wird in den meisten westlichen Bundesländern mit dem Festhalten an der Schulform Hauptschule eine strukturelle Benachteiligung der Bildungslaufbahnen von Tausenden und Abertausenden von Schülerinnen und Schülern betrieben. Seit den 1970er Jahren beobachten wir, dass sich Hauptschulen zunehmend in ein Sammelbecken für Kinder aus den unteren Sozialschichten, aus problematischen Familienverhältnissen und aus Einwanderer- und Ausländerfamilien verwandeln. Dabei wird der Anteil der männlichen Schüler immer größer, sie gehören zu den auffälligen Verlierern im Bildungsbereich. Die letzte Shell Jugendstudie hat hierzu beängstigende Zahlen vorgelegt. Seit dem Hilferuf des Lehrerkollegiums der Berliner Rütli-Hauptschule ist öffentlich bekannt, wie viele Lehrkräfte an Hauptschulen sich pädagogisch in einer Sackgasse und mit ihrem professionellen erzieherischen Können am Ende fühlen. Sie haben eine Schülerschaft vor sich, die so starke pädagogische Herausforderungen stellt, dass sie ihnen auch bei größtem Einsatz unter den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen nicht gerecht werden können. Vor allem in großstädtischen Brennpunktbereichen ist ein Unterricht nach Lehrplan nach Aussage vieler Hauptschullehrerinnen und Hauptschullehrer oft nicht mehr möglich.

Der Schulform Hauptschule werden heute soziale, kulturelle, religiöse und geschlechtsspezifische Integrationsleistungen abverlangt, die sie mit ihren gegebenen Strukturen nicht bewältigen kann. Die Schülerschaft ist durch eine institutionelle Negativauslese gekennzeichnet. Sie stellt dadurch die sozialpädagogisch mit Abstand anspruchsvollsten Anforderungen an die Lehrkräfte, die hierfür aber nicht ausgebildet sind. Das Resultat ist ein erschöpftes und resigniertes Lehrerkollegium, eine frustrierte Schülerschaft und eine schwindende Akzeptanz dieser Schulform in der Elternschaft. Mit vermehrten persönlichen Bemühungen und pädagogischen Anstrengungen kann auch der beste Hauptschullehrer und die beste Hauptschullehrerin dieser Ausgangssituation nichts entgegensetzen. Es muss eine Lösung struktureller Natur eingeleitet werden, indem die Hauptschulen sofort aufgelöst werden.

### **Herausforderungen an ein Zwei-Wege-Modell**

Soll das Zwei-Wege-Modell als ein wirkungsvolles Konzept für den Abbau der Selektivität im deutschen Bildungssystem umgesetzt werden, dann sind wichtige Voraussetzungen zu beachten:

1. Eine nur mechanische Zusammenlegung von Hauptschulen und Realschulen und/oder Gesamtschulen, ohne dass an den Mittelzuweisungen, der Ressourcenausstattung, der Lehrerzuweisung, der Lehrerbezahlung, den Lehrplänen und der internen pädagogischen Arbeitsstruktur etwas geändert wird, ist ineffektiv. Eine Addition von bisher getrennten Schulformen reduziert noch nicht die problematische Negativauslese der Schülerschaft und führt in der Wahrnehmung von Eltern und Schülern auch nicht dazu, die neue Sekundarschule als gleichwertig oder sogar überlegen gegenüber dem Gymnasium einzuschätzen. Dafür ist ein hervorragendes Lehrerkollegium mit einem in sich stimmigen Schulkonzept und einer professionell geschulten Leitung notwendig. Denn es geht um die Aufgabe, neben dem wissenschaftsorientierten Allgemeinbildungsprogramm des Gymnasiums ein eigenständiges interdisziplinäres, an Projektarbeit orientiertes Bildungsprogramm der Sekundarschule zu entwickeln, in das lebenswelt- und berufsbezogene Elemente eingehen.
2. Wichtig ist, der neuen Sekundarschule tatsächlich die strukturelle Ausstattung zu geben, die sie benötigt, um mit ihrer schwierigen und anspruchsvollen Schülerschaft angemessen umzugehen. Dazu können diejenigen Vergünstigungen durch bevorzugte Ganztagsausstattung und zusätzliche Lehrerstellenzuweisung gehören, die heute in so manchem Bundesland den dahinsiechenden Hauptschulen als letzte Liebesgabe offeriert werden. An der neu gestalteten Sekundarschule lassen sich solche Investitionen weit wirkungsvoller umsetzen, weil sie in ein breiteres Allgemeinkonzept eingefügt und für eine soziale und leistungsmäßig gemischte Schülerschaft als die der heutigen Hauptschule aktiviert werden können. Die neue Schulform wird insgesamt deutlich teurer als die in sie eingehenden Ausgangsmodelle Hauptschule, Realschule und Gesamtschule. Nur so dann kann sie eine lebendige und attraktive Schulform werden, die dem Gymnasium pädagogisch Paroli bietet.
3. Die Errichtung einer einheitlichen weiterführenden Schule neben dem Gymnasium hat langfristig nur Aussicht auf Erfolg, wenn zwei bildungspolitische Steuerbedingungen erfüllt werden. Erstens darf die Wahl einer der beiden Schulformen im Anschluss an die Grundschule nur von den Eltern vorgenommen werden. Zweitens darf ein einmal an einer Schule akzeptierter Schüler nicht an die jeweils andere Schule verwiesen werden, wenn er in Leistungsschwierigkeiten kommt. Beide Schulformen müssen also völlig frei wählbar sein, und beide müssen die pädagogische Verpflichtung haben, ihre einmal aufgenommene Schülerschaft zu halten, intensiv zu fördern und die Leistungs- und Entwicklungspotentiale jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin so weit wie möglich zu entfalten.

Dazu sind angemessene Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ideal ist es, wenn Leistungsparameter die Geldzuweisung des Schulträgers danach steuern, wie aufwändig (etwa nach dem Urteil eines unabhängigen Expertenrates) die pädagogische Arbeit mit den jeweils aufgenommenen Schülerinnen und Schülern ist. Die unsinnige Praxis, Pauschalsummen an Schulen zu überweisen, die in keiner Beziehung zu den tatsächlich geleisteten pädagogischen Förderarbeiten stehen, ist schnellstens zu beenden.

4. Die Errichtung einer integrierten Sekundarschule neben dem Gymnasium wird langfristig nur dann erfolgreich sein, wenn diese Schule von Anfang an eine eigene Oberstufe hat. Die Oberstufe muss organisatorisch und räumlich für Eltern und Schüler schon bei der Anmeldung in der fünften Klasse wahrnehmbar sein, denn sie alle wissen genau, wie wichtig ein hochwertiges Abschlusszeugnis aus der Sekundarstufe II ist. Durch räumliche Umorganisation muss versucht werden, die neuen Sekundarschulen mit den heutigen Berufsschulen und Berufskollegs in ein genau abgestimmtes Konzept zu bringen. Wie in der Mittelstufe sollten auch in der Oberstufe finanzielle Anreizsysteme in Kraft gesetzt werden, die diejenige Schule belohnen, die nachweisbar erfolgreiche individuelle Förderung betreibt – immer gemessen an dem Ausgangsniveau, mit dem die Schülerinnen und Schüler in die Schule aufgenommen wurden. Und noch eins ist wichtig: Die Abschlusszeugnisse müssen an beiden verbleibenden Schulformen identisch sein. Die jetzigen Institute des Hauptschulabgangs- und -Hauptschulabschluss - Zeugnisses sollten gestrichen werden.

Werden bei der Umstrukturierung der Sekundarstufenschulen in zwei gleichberechtigte Schulformen diese Orientierungspunkte beachtet, dann kann nach meiner Überzeugung ein Neuanfang für die deutsche Schulentwicklung gemacht werden, der in den politischen Volksparteien und in allen 16 Bundesländern konsensfähig ist. Die wertvollen pädagogischen Impulse, die in den letzten Jahrzehnten von Hauptschulen ausgegangen sind, können im Rahmen dieses Zwei-Wege-Modells bewahrt und in den breiteren pädagogischen Kontext der Sekundarschule/des Fachgymnasiums überführt werden. Die organisatorische und soziale Isolierung der heutigen Schülerschaft der Hauptschule wäre damit sofort überwunden. Und vor allem würde die bildungspolitisch nicht mehr akzeptable und leistungsmäßig nicht mehr wettbewerbsfähige Selektivität des deutschen Schulsystems zurückgeschraubt.

Durch das Zwei-Wege-Modell in der geschilderten Umsetzung besteht die Chance, das pädagogisch unfruchtbare, ja sogar verhängnisvolle Gefangensein in fixierten Schulformen zu überwinden. Hier liegt meiner Ansicht nach der Schlüssel zum bildungspolitischen Durchbruch: Durch das heute dominierende Denken in Schulformkategorien gelingt es den Schulen in der Sekundarstufe heute



nicht, ein Bildungsprogramm flexibel auf den einzelnen Schüler und die einzelne Schülerin auszurichten und schrittweise die Förder- und Forderstrukturen an die sich entwickelnde Fähigkeiten und Kompetenzen eines Kindes und Jugendlichen anzupassen. Im Gegenteil rollt unser heutiges Schulsystem alle didaktischen und lern-dynamischen Prozesse von den vorhandenen Institutionen, also den drei fixierten Schulformen und ihren historisch eingebrannten Programmen aus und fragt, ob ein Schüler oder eine Schülerin sich dem System anpasst. Wird eine Nichtanpassung festgestellt, besteht das Bestreben, den Schüler weg zu verweisen. Werden die oben genannten vier Voraussetzungen erfüllt, entfällt diese Fixierung. Sollte es sich zu einem späteren Zeitpunkt als sinnvoll und konsensfähig erweisen, ist der Schritt vom Zwei-Wege-Modell zur differenzierten Einheitsschule auch nicht mehr weit.

(Veröffentlichung und Nachdruck unter Angabe der vollständigen Quellenangabe und mit Einverständnis des Autors erlaubt)

© [www.schulstruktur.com](http://www.schulstruktur.com)